

## Anforderungen auf den Punkt bringen

**Zuwanderung.** Während die Flüchtlingsmigration vor allem eine humanitäre Aufgabe ist, tragen Zuwanderer aus der EU sowie Inder und Chinesen stark zur Fachkräftesicherung in Deutschland bei – das gilt insbesondere für industrienahen Tätigkeiten. Deshalb muss die qualifizierte Zuwanderung aus Drittstaaten langfristig durch ein Einwanderungsgesetz gestärkt werden.

Verschiedene Forschungsinstitute prognostizieren, dass in Deutschland vor allem Fachkräfte in den Gesundheitsberufen und industrienahen Tätigkeiten knapper werden. Die Flüchtlingsmigration nährt zwar die Hoffnung, die demografischen Probleme des deutschen Arbeitsmarktes auf diesem Weg lösen zu

können. Aktuelle Zahlen belegen jedoch, dass die Flüchtlinge oft große Qualifikationsdefizite haben und nur ein geringer Anteil von ihnen erwerbstätig ist (vgl. iwd 6/2016).

Eine Untersuchung des IW Köln zeigt zudem, dass von jenen Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea, die im Juni 2015 sozial-

versicherungspflichtig beschäftigt waren, ein Großteil (44 Prozent) lediglich Helferberufe ausübte – eine fast dreimal so hohe Quote wie bei allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland.

Betrachtet man dagegen alle Zuwanderer – auch die qualifizierten –, dann spielen Ausländer für die Fachkräftesicherung bei industrienahen Tätigkeiten bereits heute eine große Rolle (Grafik Seite 2):

**Die Beschäftigung von ausländischen Spezialisten und Facharbeitern ist vom vierten Quartal 2012 →**

### Beschäftigung: Buntes Deutschland

So viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiteten im 2. Quartal 2015 auf Expertenniveau in einem ...

#### ... Industrieberuf

758.641  
Deutsche

Ausländer  
67.360

darunter  
mit Staats-  
angehörigkeit  
aus:

Top Ten	
Frankreich	5.212
Indien	4.994
Italien	4.310
Spanien	4.022
Österreich	3.793
China	3.715
Türkei	3.305
Russland	2.459
Polen	2.450
Rumänien	2.274

#### ... Gesundheitsberuf

239.288

29.492

darunter  
mit Staats-  
angehörigkeit  
aus:

Top Ten	
Rumänien	3.263
Griechenland	2.367
Österreich	1.793
Syrien	1.500
Polen	1.465
Ungarn	1.322
Russland	1.283
Bulgarien	1.283
Ukraine	1.085
Slowakei	942

Expertenniveau: in der Regel akademische Tätigkeiten; Ausländer: inklusive nicht zuzuordnen und staatenlos; Gesundheitsberufe: Griechenland einschließlich Zypern, Ukraine einschließlich Moldau und Weißrussland; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 9

### Inhalt

**Landtagswahlen.** In allen drei Bundesländern, in denen Wahlen anstehen, ist die wirtschaftliche Situation ganz unterschiedlich. Die Herausforderungen sind aber überall groß.

Seite 3

**Fukushima.** Vor fünf Jahren ereignete sich im japanischen Atomkraftwerk Fukushima ein schwerwiegender Unfall. Dennoch werden in vielen Ländern weiterhin neue Kernkraftwerke gebaut. Soll der deutsche Atomausstieg international Schule machen, muss die Energiewende hierzulande auch ökonomisch ein Erfolg werden.

Seite 4-7

**Finanzmarkt.** Viele Banken haben in letzter Zeit auf sogenannte CoCo-Bonds gesetzt, um ihre Kapitalbasis zu stärken. Diese Anleihen können jedoch zu Problemen führen.

Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ bis zum zweiten Quartal 2015 um 16 Prozent gestiegen – im selben Zeitraum ist die Beschäftigung von entsprechend qualifizierten Deutschen um 0,1 Prozent gesunken.

Besonders groß war die Dynamik in den akademischen industrienahen Tätigkeiten. Hier war das Beschäftigungsplus bei Ausländern mit fast 27 Prozent dreimal so hoch wie bei Deutschen. In den Gesundheitsberufen gab es eine ähnliche Entwicklung. Im Umkehrschluss heißt das:

**Wäre die Beschäftigung von Ausländern von Ende 2012 bis Mitte 2015 konstant geblieben, so würden heute 74.100 Fachkräfte in den Industriebberufen und 19.300 Fachkräfte in den Gesundheitsberufen fehlen.**

Ein detaillierterer Vergleich der ausländischen Beschäftigung mit der deutschen fördert erstaunliche Befunde zutage (Grafik Seite 1):

**Franzosen und Inder** führen in den Industriebberufen das Ranking der ausländischen Beschäftigten in Deutschland an. Relativ gesehen arbeiten sogar mehr Franzosen und Inder in der Industrie als Deutsche, und sie sind auch häufiger in akademischen Sparten beschäftigt.

**Mittel- und Osteuropäer sowie Türken** kommen ebenfalls auf höhere Beschäftigungsquoten in der Industrie, allerdings weniger in akademischen Berufen, sondern mehr als Facharbeiter.

**Zuwanderer aus China, Kanada, Brasilien und den USA** üben zwar insgesamt weniger industrienahen Tätigkeiten aus als andere Ausländer, doch wenn sie in diesem Bereich arbeiten, dann vor allem auf der akademischen Schiene.

**Flüchtlinge aus Eritrea, Syrien, Irak und Afghanistan** arbeiten relativ selten in industrienahen Berufen – und wenn, dann mit Ausnahme der Syrer kaum als Experten. Gleiches gilt für die akademischen Gesundheitsberufe, wobei die Syrer auch hier die Ausnahme bilden: Mit 1.500 Beschäftigten stellen sie im zweiten Quartal 2015 nach Rumänen, Griechen und Österreichern die viertgrößte Ausländergruppe.

Die Flüchtlingsmigration kann also in der Industrie nur unter hohem Ausbildungsaufwand einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Perspektivisch sind dort vor allem qualifizierte Zuwanderer aus Nicht-

EU-Staaten wichtig, und für diese braucht es ein Einwanderungsgesetz, das drei Punkte beachtet:

**Erstens** sind die rechtlichen Regelungen trotz jüngster Erleichterungen an vielen Stellen äußerst komplex und eröffnen große Interpretationsspielräume. Das Ziel muss sein, für jede Personengruppe genau eine Regelung, sprich einen Aufenthaltstitel zu schaffen – und nicht mehrere Möglichkeiten.

**Zweitens** sollte sich die Zuwanderung von Fachkräften nach deren Potenzial ausrichten: Personen aus Drittstaaten sollten auch ohne konkretes Stellenangebot einreisen können, wenn ihre Qualifikationen eine problemlose Integration in den deutschen Arbeitsmarkt erwarten lassen.

Als Basis für die Auswahl bietet sich ein Punktesystem an, das neben der Qualifikation auch Deutschkenntnisse, Berufserfahrung und Alter der Bewerber berücksichtigt. Voraussetzung für eine Zuwanderung müsste jedoch sein, dass die betreffenden Personen ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

**Drittens** braucht ein modernes Zuwanderungsrecht eine effektive Verwaltung. Wünschenswert wäre insbesondere eine zentrale Vergabe der Aufenthaltstitel. So würden die Entscheidungen nach einheitlichem Muster gefällt und die zuständigen Mitarbeiter könnten mehr Expertise im Umgang mit den doch sehr spezifischen Fragestellungen erlangen.

Doch auch wenn Deutschland die Zuwanderung neu regelt, darf keinesfalls vergessen werden, auch die Potenziale der Flüchtlinge besser zu nutzen – schon aus humanitären Gründen. Zwar können Flüchtlinge die qualifizierte Zuwanderung nicht ersetzen, einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten sie dennoch.

## Ausländer treiben Beschäftigungswachstum

Um so viel Prozent ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zwischen dem 4. Quartal 2012 und dem 2. Quartal 2015 in Deutschland gestiegen oder gefallen

	Deutsche	Ausländer
<b>Industrienahen Tätigkeiten</b>		
Experten	9,1	26,6
Spezialisten und Facharbeiter	-0,1	16,0
Helfertätigkeiten	14,9	36,7
<b>Insgesamt</b>	<b>2,6</b>	<b>22,5</b>
<b>Gesundheitsberufe</b>		
Experten	9,2	36,6
Spezialisten und Facharbeiter	4,8	27,9
Helfertätigkeiten	6,4	42,7
<b>Insgesamt</b>	<b>5,8</b>	<b>34,9</b>

Experten: in der Regel akademische Tätigkeiten; Spezialisten und Facharbeiter: in der Regel Ausbildungsberufe; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

# Auf die Sieger wartet viel Arbeit

**Landtagswahlen.** Die wirtschaftliche Situation in den drei Bundesländern, in denen Wahlen anstehen, ist zwar ganz unterschiedlich – aber alle künftigen Landesregierungen stehen vor großen Herausforderungen.

Am 13. März wählen die Bürger in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz neue Landtage. In wirtschaftlicher Hinsicht sind die drei Länder so unterschiedlich aufgestellt wie ihre noch amtierenden Regierungen. Ein Überblick:

- **Baden-Württemberg.** Das seit fünf Jahren von einer grün-roten Koalition unter Winfried Kretschmann regierte „Ländle“ ist eine Industriehochburg: Zu den Stärken des Standorts gehören vor allem die Automobilindustrie und ihre Zulieferer mit großen Namen wie Audi, Daimler und Bosch sowie zahlreiche international erfolgreiche mittelständische Betriebe verschiedener Branchen. Das schlägt sich in der Wirtschaftsleistung nieder (Grafik):

**Mit gut 40.300 Euro wies Baden-Württemberg 2014 das dritthöchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner aller Flächenländer auf.**

Zudem ist das BIP in nominaler Rechnung seit dem Jahr 2011 mit 8,2 Prozent überdurchschnittlich stark gewachsen.

Dazu passend präsentiert sich auch der Arbeitsmarkt im Südwesten in glänzender Verfassung – die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 2011 bis 2015 um fast 9 Prozent gestiegen und mit 3,9 Prozent kam Baden-Württemberg im vergangenen Jahr auf die

× Wahl 2016 × Wahl 2016 × Wahl 2016 × Wahl 2016 × Wahl

## Vor den Landtagswahlen: Die Verfassung der Wirtschaft

	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	Deutschland insgesamt
Arbeitslosenquote 2015 in Prozent	3,9	5,2	10,2	6,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Veränderung 2015 gegenüber 2011 in Prozent	8,9	6,7	0,7	7,4
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2014 in Euro	40.321	31.914	24.329	35.367
Bruttoinlandsprodukt – nominale Veränderung 2014 gegenüber 2011 in Prozent	8,2	6,5	6,9	7,6

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iw-d 9 - Fotos: alderado, Brankó Strot, marcus, Jorjmann - Fotolia.com

zweitniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.

- **Sachsen-Anhalt.** Weit größere Sorgen hat das momentan von CDU und SPD regierte Sachsen-Anhalt. Zwar setzen Unternehmen der Chemie und des Maschinenbaus durchaus einige Akzente, insgesamt aber reicht es im Bundesländervergleich nur für das zweitniedrigste Pro-Kopf-BIP.

Auch in Sachen Arbeitslosenquote steht das Land an vorletzter Position, wengleich in den vergangenen Jahren ein deutlicher Rückgang der Quote zu verzeichnen war. Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Dynamik aber schwach, was zusammen mit der stark schrumpfenden und alternden Bevölkerung die künftige Landesregierung vor enorme Herausforderungen stellt.

- **Rheinland-Pfalz.** In Mainz ist derzeit eine von SPD und Grünen geführte Regierung am Ruder. Die

Ausgangslage für die Nachfolger ist mittelpflichtig. Auf der einen Seite dürften starke exportorientierte Unternehmen sowie die Nähe zu den Top-Regionen Rhein-Main und Rhein-Neckar dazu beigetragen haben, dass Rheinland-Pfalz im Schnitt des Jahres 2015 mit 5,2 Prozent die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer hatte.

Auf der anderen Seite war die Beschäftigungs- und Wirtschaftsdynamik zuletzt unterdurchschnittlich – der BIP-Zuwachs von 6,5 Prozent von 2011 bis 2014 reicht im Ländervergleich nur zu Rang 13.

Trotz all dieser Unterschiede sind die Aufgaben für die drei kommenden Landesregierungen in wesentlichen Punkten identisch. Denn überall gilt es nicht zuletzt, die Digitalisierung der Wirtschaft zu fördern, die Fachkräftebasis zu sichern und Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

# Beben ohne Folgen

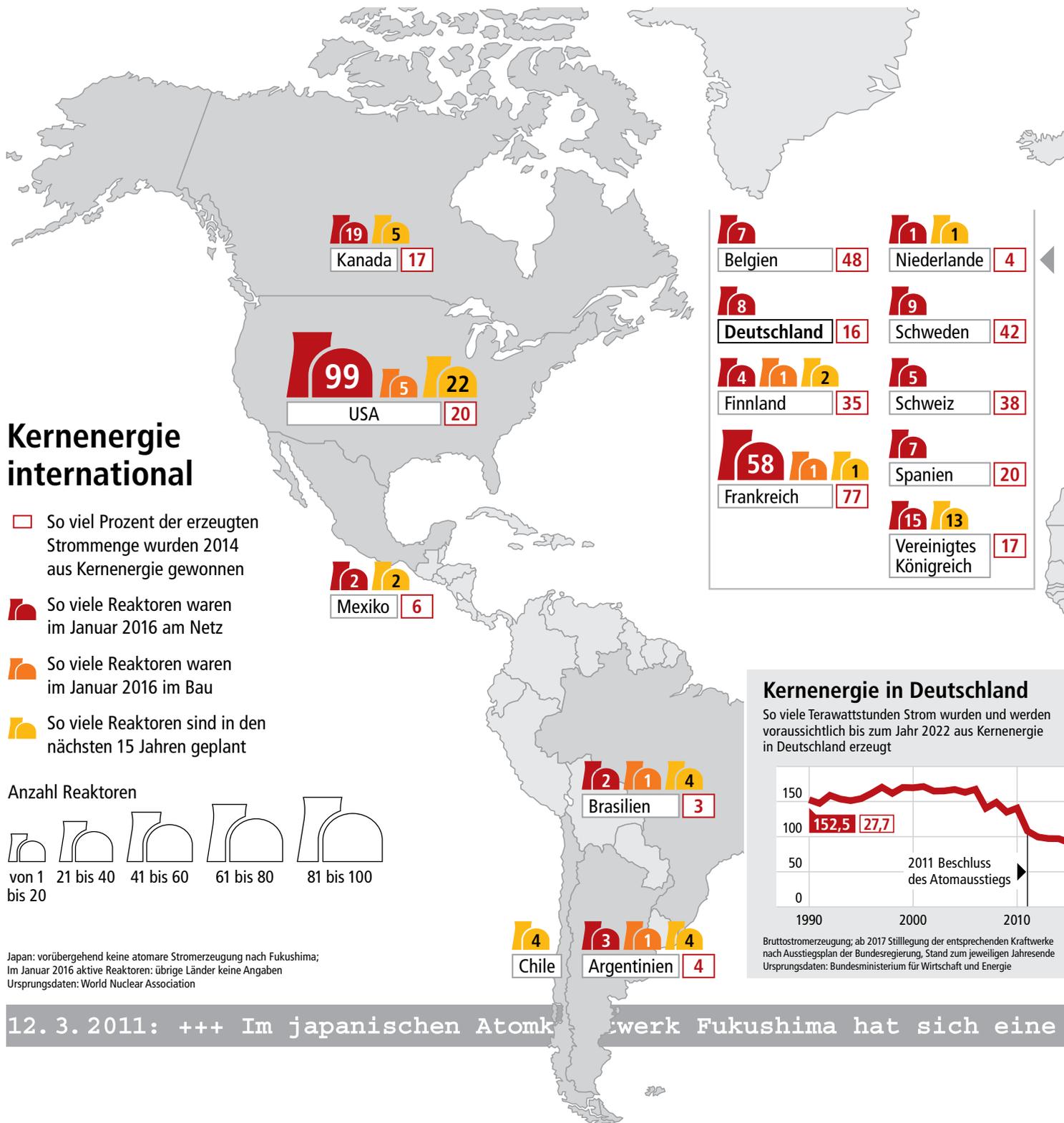
**Freitag, 11. März 2011, 14:46 Uhr Ortszeit:** In Japan bebte die Erde. Die Erschütterungen, die auf der Richterskala für Erdbeben eine Stärke zwischen acht und neun erreichen, lösen einen Tsunami mit bis zu zehn Meter hohen Flutwellen aus. In der Folge

fallen in zwei japanischen Atomkraftwerken die Kühlsysteme aus.

**Samstag, 12. März 2011, 16:56 Uhr:** Japans Atombehörde stuft den Vorfall im AKW Fukushima-1 auf der von null bis sieben laufenden Skala für nukleare Ereignisse mit vier ein –

als „Unfall“. 13 Minuten später rät der damalige deutsche Außenminister Guido Westerwelle von nicht erforderlichen Reisen nach Japan ab.

**Sonntag, 13. März 2011:** Die japanischen Behörden lassen Jodpillen verteilen und kündigen an, alle



12.3.2011: +++ Im japanischen Atomkraftwerk Fukushima hat sich eine

Menschen im 20-Kilometer-Radius von Fukushima zu evakuieren.

**28. März 2011:** In Deutschland demonstrieren bundesweit rund 250.000 Menschen gegen Atomkraft.

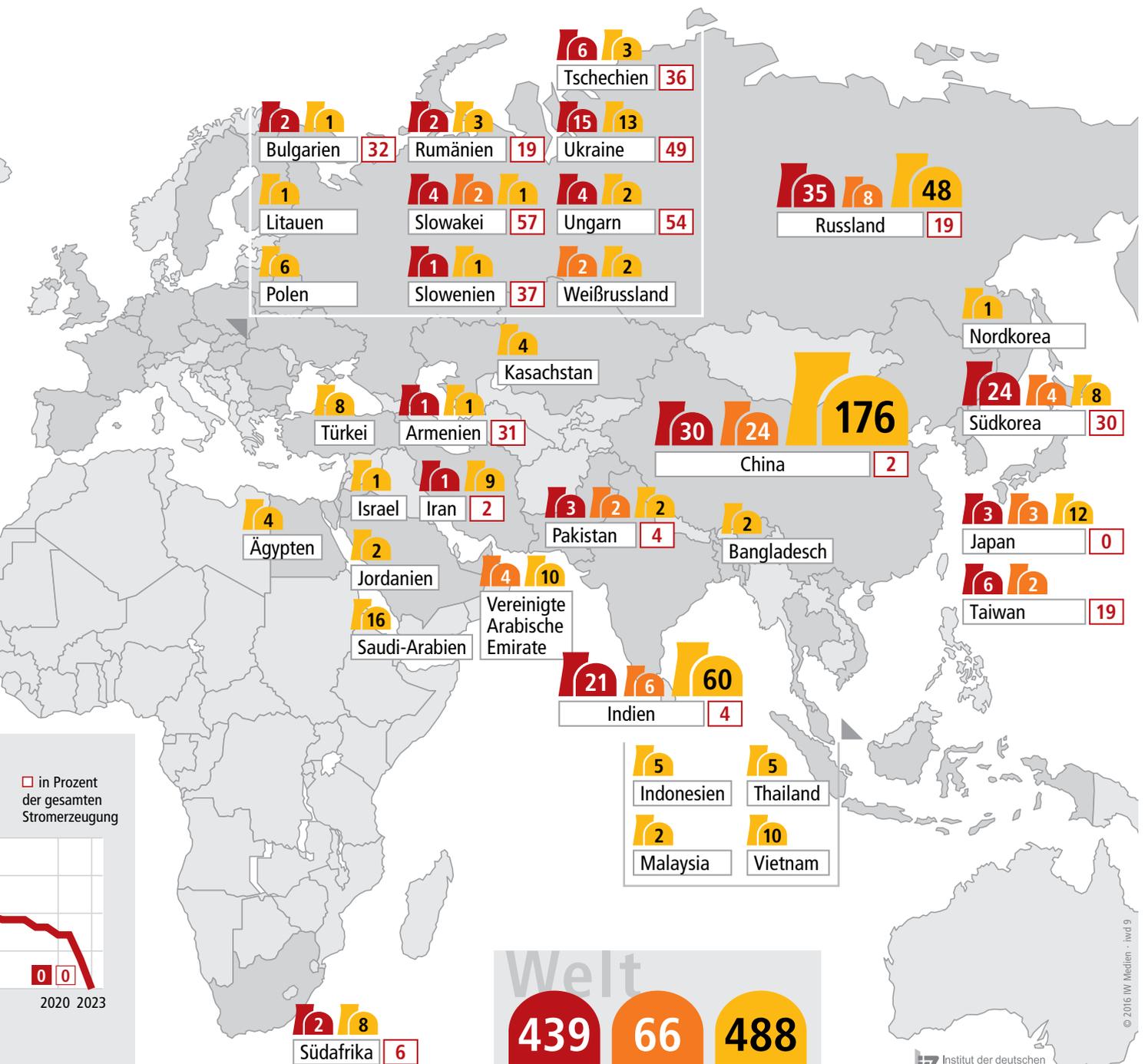
**Ende April 2011:** Die Bundesregierung erörtert den Atomausstieg.

**26. Mai 2011:** Die Schweiz beschließt die Energiewende. Bis 2034 sollen die fünf Atomkraftwerke im Land abgeschaltet werden.

**30. Mai 2011:** Die schwarz-gelbe Koalition in Berlin beschließt ebenfalls den Atomausstieg: Bis 2022 soll der letzte deutsche Meiler vom Netz.

**August 2015:** Japan kehrt zur Atomkraft zurück. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima hatte das Land alle 48 Reaktoren zur Überprüfung abgeschaltet, nun geht das erste Kernkraftwerk wieder ans Netz. Laut Umfragen ist mehr als die Hälfte der

japanischen Bürger gegen die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke. In Fukushima ist es nach dem 11. März 2011 in drei der vier Reaktoren zur Kernschmelze gekommen. Rund um den Krisenmeiler sind mehr als 140.000 Menschen evakuiert worden. Die japanische Regierung geht davon aus, dass die Menschen bis März 2017 wieder in ihre Häuser zurückkehren können.



# Welcher Weg ist der richtige?

**Stromerzeugung.** Die Bundesrepublik ist weltweit eines der wenigen Länder, die sich zu einem Atomausstieg entschlossen haben. Damit andere Staaten nachziehen, muss sich die deutsche Energiewende bewähren.

Wäre die Technik beherrschbar, wäre Atomenergie die ideale Energiequelle: jederzeit verfügbar, fast emissionsfrei und relativ günstig – lässt man die Kosten für den Rück-

bau und die Endlagerung beiseite. Ein Beispiel (Grafik Seite 7 unten):

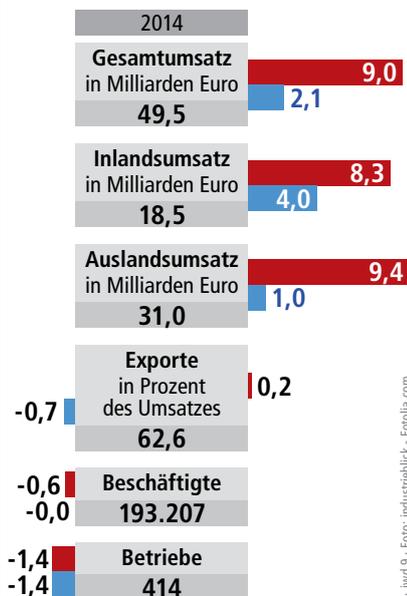
**In China kostet eine Kilowattstunde Atomstrom 3,6 Cent – alle anderen Energiequellen sind deutlich teurer.**

Da GAUs wie in Tschernobyl und Fukushima aber gezeigt haben, dass die Technik keineswegs beherrschbar ist, haben sich einige Länder zum Atomausstieg entschlossen (vgl. Seite 4-5). So hat Deutschland im Sommer 2011, wenige Monate nach den Reaktorunfällen in Fukushima, endgültig beschlossen, seine Atom-



Herstellung von Dampf-, Gas- und Windturbinen, Großmotoren, Generatoren, Transformatoren und Elektromotoren

■ Veränderung gegenüber 2013 in Prozent  
 ■ Veränderung der ersten neun Monate im Jahr 2015 gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent



Alle Angaben für Betriebe ab 50 Mitarbeitern; Exporte in Prozent des Umsatzes; Veränderung in Prozentpunkten

Urspungsdaten:  
 Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

© 2016 IWI Medien - iw-d 9 - Foto: industrieblick - Fotolia.com

## Die Energie-Macher

**Kraftwerkstechnik. Damit Strom aus der Steckdose kommt, braucht es Kraftwerke und Know-how: umweltschonende Gaskraftwerke, Windturbinen und innovative Technologien der Kohleverstromung, die durch höhere Temperaturen auch höhere Wirkungsgrade erzielen.**

Deutschland ist in puncto Kraftwerkstechnik weltweit führend: In gut 400 Betrieben fertigen mehr als 190.000 Mitarbeiter Generatoren, Transformatoren und Elektromotoren sowie Kraftwerksturbinen, stationäre Großmotoren und Dampfkessel (Grafik):

**In den Elektro- und Maschinenbausparten des Kraftwerksbaus wurden 2014 annähernd 50 Milliarden Euro umgesetzt.**

Damit legte die Branche ein Wachstum von 9 Prozent hin, das vor allem aus dem Bereich des Turbinen- und Großmotorenbaus stammte, der mit gut 32 Milliarden Euro Umsatz zwei Drittel des Gesamtumsatzes erwirtschaftete. Allerdings ging es in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres mit einem Umsatzplus von 2 Prozent in diesem Segment nur noch verhalten aufwärts.

Den größten Teil des Umsatzes – nahezu 63 Prozent – brachte der Export von Kraft-

werkstechnik, dessen Dynamik zuletzt mit 1 Prozent Zuwachs eher mager ausfiel. Anders sah es in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 beim Inlandsabsatz aus, der um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zulegte.

Das sind gute Nachrichten für eine Branche, die aufgrund der Energiewende in Deutschland in den vergangenen Jahren mit einer Investitionszurückhaltung bei konventionellen Kraftwerken zu kämpfen hatte. Zwar geht der Ausbau der Windenergie in der Bundesrepublik zügig voran, doch neue Kohle- und Gaskraftwerke werden aufgrund der niedrigen Strompreise kaum noch gebaut – für die Investoren rechnet sich der Bau derzeit einfach nicht.

Aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Umwelt zuliebe wären neue Gas- und Kohlekraftwerke allerdings sinnvoll: Denn viele deutsche Kohlekraftwerke sind mittlerweile 30 bis 40 Jahre alt. Sie durch effizientere und sauberere Kraftwerke zu ersetzen, würde zur Energiewende passen und wäre auch eine logische Ergänzung zu den erneuerbaren Energien mit ihrer stark schwankenden Einspeisung. Kernkraftwerkstechnik, ehemals eine deutsche Domäne, wird aktuell kaum noch produziert.

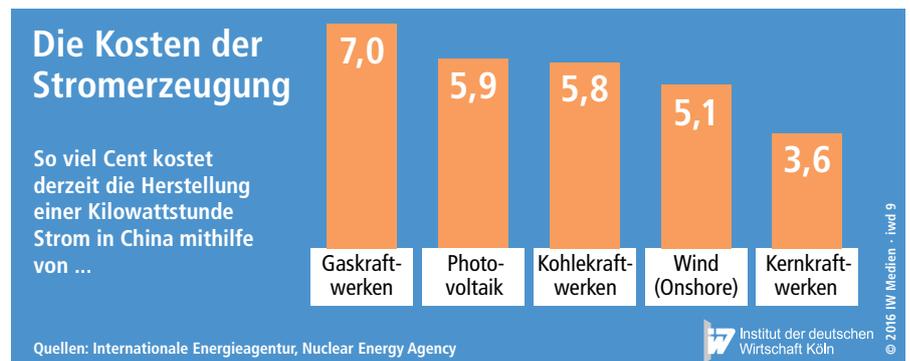
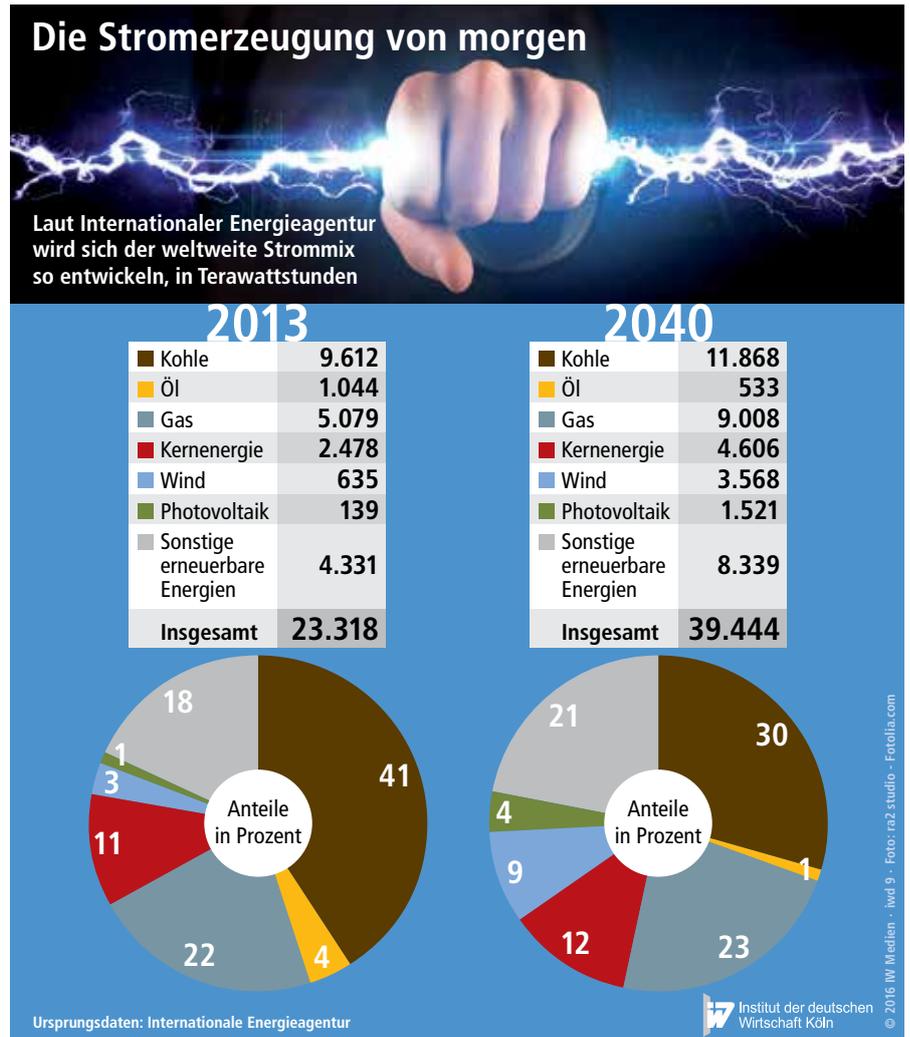
meiler bis 2022 sukzessive vom Netz zu nehmen. Damals fürchtete man um die Versorgungssicherheit – eine bislang unbegründete Angst: Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet gut voran. Der Ausstieg aus der Kernenergie hat aber auch dazu geführt, dass sich andere konventionelle Energien wie Kohle stärker im deutschen Strommix behaupten konnten.

Allerdings haben Gas und vor allem Kohle als Energielieferanten einen entscheidenden Nachteil: Bei ihrer Verbrennung entstehen deutlich mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen als bei der Kernenergienutzung. Eine unerwünschte Folge des Atomausstiegs ist deshalb, dass die Kohlendioxidemissionen des deutschen Strommix deutlich langsamer gesunken sind, als es bei der Beibehaltung der Kernenergie der Fall gewesen wäre.

Problematisch ist auch, dass Deutschland beim Atomausstieg bislang einen Sonderweg geht. Bekenntnisse zum Klimaschutz, wie sie Ende 2015 auf dem Klimagipfel in Paris verabschiedet wurden, stärken die Kernenergie sogar wieder – ist sie doch „sauber und günstig“. So geht die Internationale Energieagentur davon aus, dass der Anteil an Atomstrom in den nächsten 25 Jahren noch zulegen wird (Grafik):

**Im Jahr 2013 steuerte die Kernenergie 11 Prozent zum weltweiten Strommix bei, 2040 könnten es sogar 12 Prozent sein.**

Wenn Deutschland auch andere Länder zur Abkehr von der Kernkraft bewegen will, muss die Energiewende ein Erfolgsmodell werden. Die erneuerbaren Energien müssen sich also nicht allein ökologisch,



sondern auch ökonomisch behaupten – wie sonst ließen sich vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer für einen Atomausstieg gewinnen?

Bislang ist die Ausgestaltung der Energiewende in Deutschland jedoch nicht uneingeschränkt nachahmenswert. So wird der Ausbau der

erneuerbaren Energien mit steigenden Milliardenbeträgen subventioniert – im Jahr 2015 waren es fast 22 Milliarden Euro. Zudem fehlen bis heute elementare Rahmenbedingungen: etwa der Ausbau des Stromnetzes und eine flexiblere Steuerung von Erzeugung und Verbrauch.

# CoCos können bitter sein

**Finanzmarkt.** Viele Banken haben in letzter Zeit auf sogenannte CoCo-Bonds gesetzt, um ihre Kapitalbasis zu stärken. Ist aber das Vertrauen in ein Kreditinstitut gestört, kann es durch diese Anleihen zusätzlich unter Druck geraten.

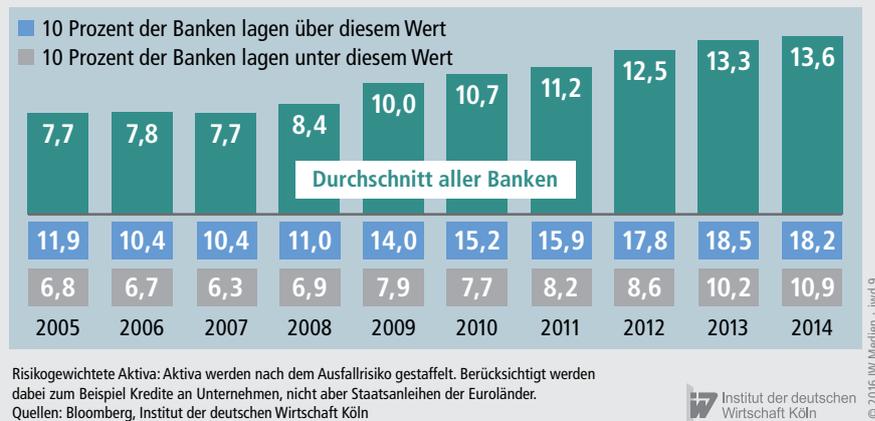
Die aktuellen Probleme der Deutschen Bank haben die Finanzbranche erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt – und damit auch die Finanzierungsinstrumente der Banken. Denn um zum Beispiel Kredite an Firmen und Haushalte vergeben zu können, muss eine Bank entweder auf Eigenkapital – in Form von Aktien oder einbehaltenen Gewinnen – zurückgreifen oder auf Fremdkapital – zum Beispiel emittierte Anleihen.

Weil die Vorschriften nach der Finanzkrise verschärft worden sind, haben die Geldhäuser im Euroraum ihre Eigenkapitalbasis deutlich aufgestockt (Grafik):

## Adressaufkleber

## Banken im Euroraum stocken Eigenkapital auf

Von den Banken in den Euroländern vorgehaltenes Eigenkapital in Prozent der risikogerechten Aktiva



**Die risikogewichtete Eigenkapitalquote der Banken in den Euroländern ist seit 2008 im Schnitt von gut 8 auf fast 14 Prozent gestiegen.**

Doch immer mehr Aktionäre zu gewinnen, ist gerade in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten schwierig, schließlich werden Eigenkapitalgeber nicht nur an Gewinnen, sondern auch an Verlusten beteiligt. Fremdkapitalgeber wie etwa Käufer einer Anleihe erhalten dagegen eine feste Zinszahlung und haben erst dann das Nachsehen, wenn eine Bank in Schieflage gerät und die Anleihe nicht mehr bedienen kann.

Um weiteres Kapital zu gewinnen, haben viele Banken in letzter Zeit besondere Anleihen für sich entdeckt: Zwangswandelanleihen oder Contingent Convertible Bonds – kurz CoCos. Diese sind regulatorisch nahe dem Eigenkapital, gelten steuerlich aber als Fremdkapital – die auf die Anleihen gezahlten Zin-

sen sind für das Kreditinstitut also steuerlich abzugsfähig.

Der Clou: Wenn der Kapitalpuffer der Bank unter eine bestimmte Schwelle sinkt, kann die Bank die CoCos in Aktien umwandeln und damit Anleihekäufer zu Aktionären machen – die dann an den Verlusten der Bank beteiligt werden. Für dieses Risiko bekommen die Käufer der Bonds recht hohe Zinsen.

Nun sind die Kurse einiger CoCos zuletzt kräftig gesunken – offenbar sehen die Akteure am Finanzmarkt eine große Gefahr, dass die jeweiligen Banken ihre Anleihen tatsächlich umwandeln müssen. Damit haben diese Banken ein Problem: Selbst wenn sie finanziell letztlich robust sind, könnte das gesunkene Vertrauen dazu führen, dass die Inhaber der CoCo-Bonds ihnen das angelegte Kapital am Ende der Laufzeit entziehen – und so die finanzielle Lage der Banken wirklich verschlechtern.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Aboservice:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

**IW.KÖLN. WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.